

**1. Welches sind aus Ihrer Sicht die drei größten Herausforderungen, denen Europa und die Europäische Union ausgesetzt sind? Mit welchen konkreten Maßnahmen oder Vorschlägen will Ihre Partei diesen begegnen?**

### *1. Umwelt- und Naturschutz sowie eine Reform der Agrarpolitik*

Umweltzerstörung macht nicht an Staatsgrenzen halt. Die in der EU vorhandenen Abkommen und Richtlinien zum Umweltschutz müssen konsequent umgesetzt werden. Umweltschutzmaßnahmen dürfen nicht mit der Forderung nach freiem Wettbewerb und Wirtschaftswachstum blockiert werden (so zuletzt wieder die CO<sub>2</sub>-Richtlinie für den Flottenverbrauch der Autobauer).

Zentrale Ziele der ÖDP-Europapolitik im Umweltbereich sind: Gewässerschutz, Beendigung der Vermüllung und der Überfischung der Meere, Verbesserung der Bedingungen in der Nutztierhaltung, Stopp von Bodenerosion und Flächenversiegelung, Müllvermeidung und Recycling, sowie wirksame Klimapolitik (u.a. durch drastische Verknappung der CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate).

Wirtschaften ohne Ökologieschutz ist Raubbau an unseren Lebensgrundlagen. Basis der Umweltpolitik muss daher eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft sein, wo Kostenwahrheit und Verursacherhaftung gelten. Umweltschäden können nur vermieden werden, wenn man ihre finanziellen Folgen den Verursachern anlastet.

Die Landwirtschaft ist die Basis unserer Ernährung und damit unseres Lebens überhaupt. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurde sie von einer bäuerlichen Kreislaufwirtschaft zu einer industriellen Rohstoff-„Produktion“ für Nahrungsmittelindustrie und Energieerzeugung umgebaut. Die Subventions-, Freihandels- und Wettbewerbspolitik der EU ließ den Landwirten kaum eine Wahl - und hat sie immer mehr von Subventionen, von der chemischen Industrie sowie von Öl- und Futtermiteleinflüssen abhängig gemacht. Davon profitieren vor allem große, intensiv wirtschaftende Betriebe. Kleinere Familienbetriebe bleiben oft auf der Strecke.

Die ÖDP setzt sich ein für:

- Eine bäuerliche, ökologische Landwirtschaft mit weitgehend dezentraler Vermarktung.
- Die Koppelung der Subventionen an eine ökologische Wirtschaftsweise (Säule 2 der GAP).
- Die Begrenzung der Tierhaltung durch Bindung an Fläche.
- Naturnahe Waldwirtschaft.
- Ein Verbot der chemischen Agro-Gentechnik und von Patenten auf Leben.
- Den Stopp von Flächenverbrauch zu Lasten des Lebensmittelanbaus.

### *2. Freihandel und Wirtschaftssystem: Wohlstand ohne Wachstumszwang*

Abkehr von der Wachstumsideologie und für faire Handelsbedingungen

Die ÖDP steht für eine Wirtschaftsordnung, die ökologisches, soziales und gemeinwohlorientiertes Handeln fördert. Auf europäischer Ebene herrscht derzeit noch die neoliberale Ideologie vor, die auf Wirtschaftswachstum, hohe Kapitalrenditen und die Selbstregulierungsmechanismen der Märkte setzt. Wohin das führt, kann man an den Umweltzerstörungen ebenso ablesen wie an den wiederkehrenden Finanzmarktkrisen und der Anhäufung von Kapital in den Händen weniger Akteure. Daher fordert die ÖDP eine Wirtschaftsform ohne Zwang zu ständigem Wachstum. Sie bekennt sich in wesentlichen Teilen zu der Idee der Postwachstumsökonomie, die vom Grundsatz „Weniger ist mehr!“ geleitet wird. Wir wollen mit weniger materiellem Aufwand mehr Lebensqualität erreichen. Dazu bedarf es eines grundlegenden Wandels der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Das Ziel ist

die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks von Personen, Unternehmen und Staaten auf ein global nachhaltiges Niveau.

Wir brauchen auf EU-Ebene:

- Eine ökologisch und sozial ausgerichtete Wirtschaftsordnung und Landwirtschaftspolitik (Begrenzung der Direktzahlungen und damit verbunden die Umschichtung in die 2. Säule).
- Eine Harmonisierung der Steuerpolitik, damit nicht Gewinne, die in Deutschland erzielt werden, in Irland oder auf Jersey mit niedrigsten Sätzen versteuert werden können.
- Die Beendigung schädlicher Subventionen (z.B. des Luftverkehrs, der Atomkraft, des Tabakanbaus, der auf Maisanbau basierenden Biogasanlagen).
- Die Beendigung versteckter Subventionen durch kostenlose Emission von Schadstoffen in Luft, Wasser und Böden, von Licht und Lärm in die Umwelt. Nur Kostenwahrheit in diesem Bereich schafft faire Wettbewerbsbedingungen für verantwortlich wirtschaftende Unternehmen. Eine Angleichung der Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltstandards.
- Faire Bedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen gegenüber multinationaler Konzerne.

Globaler Freihandel:

- Fairen Welthandel und Erhaltung demokratischer Werte.
- Gerechtigkeit ohne zwielichtige Schiedsgerichte.
- Erhaltung des Vorsorgeprinzips auf höchstem Niveau.
- Stärkung der regionalen Landwirtschaft.
- Gesunde Lebensmittel ohne Gentechnik, ohne Klonfleisch, ohne massenhaften Einsatz von Antibiotika und Pestizide.
- Gemeinsam mit den kanadischen Bürgerbewegungen das CETA-Abkommen verhindern.

Argumente gegen CETA:

- Gentechnik in unseren Nahrungsmitteln soll erlaubt werden (Art. 25.2.1 und 25.2.2b).
- Noch mehr Fleisch aus Massentierhaltung kommt auf den Markt. Damit bekommen wir auch mehr tödliche „Krankenhaus“-Keime (Antibiotika-resistente Bakterien), an denen jetzt schon jedes Jahr 30.000 – 40.000 Menschen in Deutschland sterben.
- Unsere traditionellen Bauernhöfe werden chancenlos.
- Kleine und mittlere Unternehmen werden von internationalen Konzernen verdrängt.
- „Schiedsgerichte“ unterwandern unsere Rechtsprechung und unsere Gesetzgebung (Art. 29).
- Der Schutz von Leben und Gesundheit für Menschen, Tiere und Pflanzen steht nicht mehr an erster Stelle.
- Unsere Demokratie wird eingeschränkt: Es dürfen keine Gesetze erlassen werden, die sich ungünstig auf Handel oder Investitionen auswirken – außer wenn sie unbedingt nötig sind, um gravierende Schäden abwenden (Art 21.2.4).
- Mit CETA kommt TTIP „durch die Hintertür“, weil alle großen US-amerikanischen Konzerne Zweigstellen in Kanada haben.

### 3. Außen- und Verteidigungspolitik

Zur „Konfliktverhütung“ und „Krisenbewältigung“ erlaubt der EU-Vertrag sogar Angriffskriege. Auch zur „Wahrung der Werte der Union und im Dienste ihrer Interessen“, z.B. zur Sicherung von Ölquellen, kann eine militärische „Mission“ durchgeführt werden. Die Entscheidungen über Kriegseinsätze und militärische Aufrüstung fällt der Ministerrat (bestehend aus den Verteidigungsministern der Mitgliedstaaten). Er tagt hinter verschlossenen Türen. Weder das Europäische Parlament noch der Deutsche Bundestag kann dort gefasste Entscheidungen ändern.

Bei solchen Einsätzen soll die militärische und politische Leitung (auch für die Bundeswehr!) künftig ein Komitee der EU übernehmen, das nicht demokratisch gewählt ist. Das EU-Parlament muss über Kampfeinsätze nur sporadisch unterrichtet werden, der Bundestag überhaupt nicht.

Ein aktuelles Papier der Kommission sieht den Aufbau einer europäischen Verteidigungseinheit vor, die unter den aktuellen institutionellen Bedingungen jeglicher demokratischen Kontrolle entzogen ist. Dies birgt die Gefahr erneuter militärischer Einsätze, die Folgen dieser Politik erfahren wir derzeit durch die gehäuften Terroranschläge in Europa, auch in Deutschland.

Die Außen- und Verteidigungspolitik der EU kann von keinem Gericht überprüft werden.

Die Position der ÖDP:

- Der EU-Vertrag muss so abgeändert werden, dass Kriege der EU um Öl und Rohstoffe und zur Sicherung von Handelswegen verboten werden.
- Eine gemeinsame EU-Außenpolitik muss auf Konfliktvorbeugung zielen - und in Konfliktsituationen auf friedliche Konfliktlösung und humanitäre Hilfe.
- Die Aufgabe der Friedenswahrung obliegt den in der UNO verbundenen Völkern.
- Die EU-Mitgliedsstaaten sollen sich auf schrittweise Abrüstung und auf die Beschränkung von Rüstungsexporten auf EU- und NATO-Mitgliedsstaaten verpflichten.

**2. Am 25. März 2017 haben führende Vertreter von 27 EU-Mitgliedstaaten, des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission in Rom eine Erklärung zu den nächsten zehn Jahren der Union abgegeben. Diese Erklärung ist allerdings abstrakt und beinhaltet kein konkretes Maßnahmenprogramm. Greifen Sie bitte drei Aspekte der Erklärung heraus und erläutern Sie, wie Ihre Partei diese in praktische Politik umzusetzen vorschlägt. Alternativ bitten wir Sie, Aspekte herauszugreifen, die Ihre Partei nicht unterstützt. Bitte erläutern Sie in diesem Fall die Gründe dafür.**

Die Deklaration von Rom ist eine mutige und vorwärts gerichtete Erklärung, die sich für mehr Einheit, Solidarität und Gerechtigkeit in Europa einsetzt. Die ÖDP bekennt sich zu der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns und fordert ein Europa, das sich zu integralem Handeln und damit einem Überwinden nationalstaatlicher Interessen bekennt. Die Förderung eines „demokratischen, effizienten und transparenten“ Beschlussfassungsprozesses unterstützen wir diesbezüglich. Dabei sollten allerdings Entscheidungen, die in regionalen, föderalen oder nationalen Parlamenten und Institutionen gefällt werden können, nicht unnötigerweise an die EU übertragen werden.

Einen Fokus legt die Deklaration dabei auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Begriffe wie „regionale Konflikte, Terrorismus oder wachsender Migrationsdruck“ betonen das Sicherheitsbedürfnis der Mitgliedsstaaten und Begriffe wie „Sicherheit“, „Widerstandsfähigkeit“, „Schutz“ und „Verteidigung“ ziehen sich wie ein roter Faden überdurchschnittlich gehäuft durch die Deklaration.

Sobald das Europäische Parlament volle parlamentarische Rechte hat, kann die in Maastricht vereinbarte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vollständig auf die EU-Ebene übertragen werden. Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik wird dann vom Europäischen Parlament und der Europäischen Regierung initiiert und kontrolliert. Ein EU-Außenminister soll hierzu die Positionen nach außen hin vertreten, auf welche die EU-Staaten sich zuvor geeinigt haben (Hohe Vertreter/in). Ziel ist die Förderung friedlicher Konfliktlösung, der politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, demokratischer Strukturen sowie des Umweltschutzes. Die EU handelt bei internationalen Konflikten in enger Absprache mit der UN; sie ist nicht legitimiert, an die Stelle der UN zu treten.

Eine glaubwürdige Politik der Friedenssicherung setzt militärische Handlungsfähigkeit voraus. Die nationalen Armeen sind daher mittelfristig in einer deutlich verkleinerten EU-Armee zu vereinen, die lediglich über konventionelle Waffen verfügt. Dadurch wird eine erhebliche Reduzierung der Zahl der Soldaten möglich. Die Verpflichtung der EU-Staaten nach Art. I-40,3 des Entwurfs der EU-Verfassung, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“, würde zu einem Aufrüstungszwang führen und ist daher zu streichen. Auf die in der EU-Verfassung vorgesehene „Aufrüstungsbehörde“ (Art. I-40,3) ist ebenfalls zu verzichten. Einheitliche Ausrüstungsstandards sowie die politische Unterbindung von Rüstungsmonopolen gewährleisten eine Senkung der Beschaffungskosten. Für gemeinsame EU-Einsatzkräfte gilt: Diese dürfen außerhalb des EU-Territoriums nur mit völkerrechtskonformem UN-Mandat zu friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Maßnahmen eingesetzt werden. Für die Beteiligung von deutschen Einheiten gilt dabei weiterhin die Zustimmungspflicht des Deutschen Bundestages. Solange die politische Integration der EU nicht weiter fortgeschritten ist, wozu u. a. eine EU-Verfassung und ein durch demokratische Wahlen legitimiertes Europäisches Parlament mit vollen parlamentarischen Rechten gehört, ist eine gemeinsame EU-Armee nicht denkbar.

Außerdem gehe es laut dem Schreiben darum, sich von der globalen Dynamik nicht an den Rand drängen zu lassen und durch Zusammenhalt, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Es geht nicht darum, die dramatische Lage an unseren Außengrenzen zu negieren, jedoch sollte zur Kenntnis genommen werden, dass unsere problematische Sicherheitslage insbesondere durch die Art, wie wir wirtschaften, bedingt ist.

Daher ist es von essentieller Bedeutung, dass Europa unabhängig von endlichen Ressourcen eine Kreislaufwirtschaft aufbaut. Die ÖDP bekennt sich zum Modell des wachstumslosen Wohlstands. Dies bedeutet Zugewinn an Lebensqualität durch Verzicht auf Überflüssiges.

Die bisherige, auf einseitigen materiellen Verbrauch ausgerichtete Wirtschaftspolitik ist gescheitert. Sie missachtet wesentliche naturwissenschaftlich-ökologische, aber auch zentrale ökonomische Grundsätze. Wirtschaft, die ihre ökologischen Grundlagen nicht beachtet, ist weder zukunftsfähig noch vernünftig.

Ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik bedeutet für uns, dass Nachhaltigkeit die Basis jeder menschlichen Aktivität sein sollte. Wir streben eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungen unter der Beachtung von Mensch und Natur sowie die Schonung aller Ressourcen an und distanzieren uns von wachstumsorientierten.

Überhaupt lehnt die ÖDP das als unabdingbar suggerierte Wachstumsparadigma ab. In der Deklaration wird weder auf die Herausforderungen globaler Umweltbedrohungen eingegangen, noch auf die Notwendigkeit einer Abkehr von unserem fatalistischen Handeln, das uns von der Einhaltung des in Paris vereinbarten 2°C-Ziels ferner hält denn je.

Als vierter Punkt wird die Weiterentwicklung von bestehenden Partnerschaften und Förderung von Stabilität und Wohlstand weltweit gefordert. Derzeit betreibt die EU eine Wirtschaftspolitik, die auf Konkurrenz setzt. Diese neoliberale Strategie produziert viele Verlierer, sowohl in Europa als auch besonders in Afrika. Zur Erreichung dieser Ziele brauchen wir eine ernstgemeinte Entwicklungspolitik: Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass den Menschen in den Entwicklungsländern unter Bewahrung ihrer Kultur solidarische partnerschaftliche Hilfe geleistet wird. Diese kann nicht im Export

umweltzerstörender und energieintensiver Industrien und Technologien in Länder bestehen, in denen Arbeitskraft im Überfluss zur Verfügung steht. Vielmehr sind Dienstleistungen, Waren sowie angepasste handwerkliche und mittlere Technologien auszutauschen, wobei die Förderung der Eigenständigkeit dieser Länder Vorrang haben muss (Hilfe zur Selbsthilfe). Subsidiarität auch in der Entwicklungspolitik. Es fehlt nicht so sehr an Mitteln, sondern es geht um deren sinnvolle Verwendung durch beschleunigte Planung und Umsetzung, möglichst an Ort und Stelle mit Hilfe regionaler EU-Büros und in Kooperation vor allem mit Nicht-Regierungsorganisationen. Subsidiarität heißt auch, dass Partner der Entwicklungspolitik nicht immer ein Staat sein muss, sondern auch kleinere Einheiten wie Familien und Dorfgemeinschaften sein können.

Wir streben gerechte Bedingungen auf dem Weltmarkt für den Handel mit Entwicklungsländern an. Die WTO soll zur ordnungspolitischen Institution fortentwickelt werden, die die Prinzipien einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft für den Welthandel durchsetzt. Sie soll eine Steuer auf internationale Kapitaltransfers erheben können, um damit die sozialen und ökologischen Folgekosten einer globalisierten Weltwirtschaft zu mindern - denn während Kapital frei transferiert werden kann, bleiben die Arbeitnehmer und die Natur vor Ort.

**3. Die Europäische Union wird von vielen Bürgern als zu bürokratisch und nicht greifbar empfunden. Viele bemängeln ein Demokratiedefizit und haben das Gefühl, zu wenig Einfluss ausüben zu können. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um dem entgegenzuwirken? Glauben Sie, dass es institutioneller Reformen bedarf? Wenn ja, welcher?**

### *Institutionelle Reformen*

Wir brauchen transparente, demokratisch legitimierte EU-Institutionen. Das Europäische Parlament muss mit den grundlegenden Rechten eines demokratischen Parlaments ausgestattet werden:

1. Das Recht, Gesetze selbst zu formulieren (statt nur über die Vorlagen der EU-Kommission abzustimmen) und damit auch grundsätzliche Fragen zu regeln (z.B. Agro-Gentechnik).
2. Das Recht, über die Einnahmen (durch Steuern oder Umlagen) und Ausgaben der EU zu bestimmen.
3. Das Recht, Kommissare vorzuschlagen, die Europäische Kommission einzusetzen und zu entlassen.

Für die Wahl des Europäischen Parlaments muss ein einheitliches Wahlrecht ohne Sperrklauseln und mit gleichem Stimmgewicht gelten. Derzeit wählt jedes Mitgliedsland nach eigenen Wahlgesetzen. Und eine Wählerstimme aus Malta oder Luxemburg hat fast das zehnfache Stimmgewicht wie eine in Deutschland oder Frankreich.

Um den Einfluss der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten und auch den kleinen EU-Staaten genügend Mitspracherecht zu garantieren, muss es eine zweite Kammer (ähnlich dem Bundesrat) geben.

Die Europäische Kommission ist der parlamentarischen Kontrolle zu unterstellen. Ihre Aufgaben sind strikt auf die Umsetzung der europäischen Gesetze und Beschlüsse zu beschränken.

Die Regelungskompetenz der EU ist auf diejenigen Bereiche zu beschränken, die ihr durch den EU-Vertrag ausdrücklich übertragen werden. Was auf der Ebene der Kommunen oder der Mitgliedsstaaten sinnvoll geregelt werden kann, soll nicht an die EU übertragen werden.

## *Vision:*

Die Europäische Union muss ein Bündnis von Staaten bleiben, die ihr reiches kulturelles Erbe bewahren. Die Wirtschaftspolitik der EU muss die Chancen und Möglichkeiten der jeweiligen Länder berücksichtigen. Die Pläne, europaweit eine starre neoliberale Wirtschaftsordnung mit einem allgemeinen Sozial- und Demokratieabbau einzuführen, lehnen wir entschieden ab. Die Bereiche, die in die Regelungskompetenz der EU fallen, sind daher klar zu definieren.

Der erste und wichtigste Schritt ist die Reform der EU-Institutionen.

Wir brauchen demokratisch legitimierte Institutionen mit verständlichen Strukturen, abgegrenzten Zuständigkeiten und transparenten Verfahren. Die ÖDP fordert dazu einen demokratisch legitimierten Verfassungskonvent, denn die Menschen der Europäischen Union haben eine gute, demokratisch entschiedene und zukunftsweisende Verfassung verdient. Diese muss durch einen EU-weiten Volksentscheid, bei dem jede Nation über die EU-Verfassung abstimmt, legitimiert werden.

Unterstützen Sie uns, damit auch in Zukunft die Völker Europas in Frieden und wechselseitiger Achtung miteinander leben und zum Wohlergehen aller beitragen werden.